



**GRÜNE  
FRAKTION**  
IM RAT DER STADT HERNE

GRÜNE FRAKTION HERNE ✉ BAHNHOFSTR. 15A ✉ 44623 HERNE

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses für Umweltschutz  
Herrn Pascal Krüger  
über  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Dudda  
Rathaus Herne

**Geschäftsstelle**

Bahnhofstr. 15a  
44623 Herne  
Tel 02323 - 951 000 3  
fraktion@gruene-herne.de  
www.gruene-herne.de

Herne, den 29.01.2025

## **Verpackungssteuer und Mehrwegsysteme einführen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Grüne Fraktion bittet Sie, diesen Antrag in die Tagesordnung des kommenden Ausschusses für Umweltschutz am 12.03.2025 aufzunehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Rat die folgenden Punkte zu beschließen:

1. Die Verwaltung erarbeitet einen Satzungsentwurf zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen.
2. In der Vorlage wird eine Schätzung der mit der Erhebung in Verbindung stehenden Kosten und Einnahmen dargelegt.
3. Die Verwaltung prüft bzw. koordiniert die Einführung von Lösungen für einheitliche Mehrwegverpackungen mit einem Pfandsystem, welches möglichst bei allen teilnehmenden Akteuren\*innen eingesetzt wird. Darüber hinaus wird die Verwaltung um Prüfung gebeten, ob dafür eine Anschubfinanzierung seitens der Stadt Herne möglich ist. Dieses könnte schon unabhängig von der Erhebung der Steuer die Einwegverpackungen reduzieren.

### **Begründung:**

Einwegverpackungen tragen zum Abfallaufkommen in der Stadt bei. Ökologisch gesehen haben sie aufgrund der geringen Einsatzdauer eine schlechte Bilanz – selbst bei rechtmäßiger Entsorgung. Ein großer Teil der Einwegverpackungen landet jedoch nicht in der Wertstofftonne zum Recycling, sondern einfach in der Umwelt.

Seit dem 01.01.2023 gilt für Gastronomen die Mehrwegangebotspflicht für Speisen und Getränke zum Sofortverzehr. Dennoch sind noch viele Einwegverpackungen im Einsatz. Ein Forschungsprojekt des IÖW und IFEU (REPAID) im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat für 2023 eine Mehrwegquote von 1,6% festgestellt. Die niedrige Mehrwegquote war ja ein Grund, eine gesetzliche Regelung einzuführen.

Die Stadt Tübingen versucht seit vielen Jahren eine Verpackungssteuer rechtssicher einzuführen und hat jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht das Klageverfahren gegen ein McDonald's Franchiseunternehmen gewonnen.

Die Steuer kann finanzielle Anreize zur verstärkten Nutzung der Mehrwegbehältnisse setzen. Durch stadtweite Pfandsysteme (oder darüber hinaus) für Behältnisse können zudem praktische Hürden zur Nutzung verringert werden, wenn die Rückgabe an verschiedenen Orten möglich wird.

Das Forschungsprojekt hatte auch zum Ziel, die finanziellen Auswirkungen und den Aufwand beim Einsatz von Mehrwegbehältnissen zu ermitteln. Hierfür wurden in verschiedenen Gastronomiebetrieben Mehrwegbehältnisse vermehrt eingesetzt und die Auswirkungen ermittelt. Im Forschungszeitraum konnten beteiligte Betriebe ihre Verpackungskosten im TO-GO- Bereich zwischen 10 - 16% senken.

Auch die ökologische Bilanz ist positiv, wenn bestimmte Faktoren eingehalten werden. So muss eine Verlustquote unter 10% und eine möglichst schneller Wiedereinsatz gegeben sein. Dies kann durch ein dichtes Netz an Rückgabestellen und eine Standardisierung der Behälter erreicht werden.

Flankiert werden muss dies aber durch finanzielle Anreize. Das Forschungsprojekt hat hier die Varianten Preisnachlass bei Mehrwegbehältnissen und Zuschlag für Einwegbehältnissen untersucht. Im Ergebnis wird ein Zuschlag für Einwegbehältnisse empfohlen, da ein Rabatt bei Nutzung von Mehrweg für die Gastronomen als finanziell nicht leistbar eingeschätzt wurde.

Mit den vorgeschlagenen Beschlüssen soll Abfall aus Einwegverpackungen vermieden werden und die Sauberkeit verbessert werden. Lokale Pfandbehältnisse verbunden mit einem passenden Slogan können zudem zu einem positiven Image der Stadt beitragen. Auch dazu gibt es Beispiele aus anderen Städten.

Städte wie Tübingen, die auf eine Verpackungssteuer als Ergänzung und Unterstützung der Mehrwegverpackungen setzen, berichten von einem deutlichen Rückgang der Vermüllung im öffentlichen Raum und damit auch geringeren Kosten für die Stadtreinigung.

Für die Grüne Fraktion



Gerhard Kalus